

## Wer ist schwer erreichbar – Institutionen oder Eltern?

### (Manuskript)

Ich freue mich, hier zu Elternbeteiligung und zur Frage, wer ist schwer erreichbar – Eltern oder Institutionen – referieren zu dürfen.

#### FOLIE

Diese Frage hat uns in dem dreijährigen Praxisforschungsprojekt, ‚Elternbeteiligung und Gewaltprävention in kommunalen Bildungs- und Erziehungslandschaften‘ sehr beschäftigt. Die Karte mit den begleiteten Modellstandorten und die beteiligten Akteure sehen Sie auf der Folie. Die Erfahrungen aus diesem Projekt bilden einen wesentlichen Hintergrund für die folgenden Ausführungen und ich freue mich auf die anschließende Diskussion.

Wir haben uns in diesem Projekt mit Bildungs- und Erziehungslandschaften beschäftigt. Daher geht es jetzt – wie in der heutigen Tagung – **nicht** um spezifische Institutionen, also nur die Schule oder nur die Jugendhilfe – auch wenn sie als Beispiele dominieren. Gemeint sind immer alle im Sozialraum bzw. Gemeinwesen an der Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen beteiligten Institutionen. Zum Beispiel Kitas, Sportvereine, die Offene Kinder- und Jugendarbeit usw.

#### FOLIE

In der folgenden guten halben Stunde möchte ich *erstens* skizzieren, was unter Elternbeteiligung verstanden werden kann: **Worüber reden wir eigentlich?**

Elternbeteiligung reicht von formaler Beteiligung in Entscheidungsgremien bis zu freiwilligem Engagement von Eltern für die Institutionen. Es werden aber auch Bildungsangebote und Trainings **für** Eltern als Beteiligung bezeichnet.

**Unter Elternbeteiligung werden demnach – innerhalb von Systemen (Kita, Sportverein, Schule und Jugendhilfe) und zwischen den Systemen – sehr unterschiedliche Dinge verstanden!** Das macht die Kooperation zwischen den Institutionen bzw. Einrichtungen und die Übertragbarkeit von Konzepten der Elternbeteiligung nicht einfacher.

Ausgehend von diesem breiten Verständnis wird an allen Orten **die** – oder besser gesagt **mehr** – Beteiligung von Eltern gefordert. Diese Forderung richtet sich sowohl an Eltern

„**Beteiligt Euch!**“ als auch an Institutionen „**Beteiligt Eltern!**“ Diese Forderungen werden unterschiedlich begründet und wahrgenommen: Elternbeteiligung kann als Gewinn gesehen werden, aber auch als Verordnung oder Zumutung empfunden werden. Sowohl von den Eltern als auch von den Institutionen.

Wie dies wahrgenommen wird, hängt – keineswegs ausschließlich, aber auch – mit dem zweiten Punkt und der Überschrift des Vortrages zusammen: **Wer ist eigentlich schwer erreichbar – Eltern oder Institutionen?**

Die Rede von den so genannten „schwer erreichbaren“ Eltern dient zwei gängigen und Wirkung entfaltenden Argumenten – oder „Konstruktion von Wirklichkeit“:

*Erstens* als Argument für mehr Elternbeteiligung – „*wir müssen doch alle 'kriegen'*“. Und *zweitens* als Argument, warum mehr Elternbeteiligung zum Scheitern verurteilt ist: „*Wir können doch gar nicht alle beteiligen*“ oder „*wir erreichen immer nur dieselben Eltern*“. Also: „*Die, die es ,brauchen', wollen oder können es nicht – sich beteiligen*“.

Vor diesem, zugegeben pointiert vorgetragenen, Hintergrund möchte ich heute insbesondere betrachten, was **Institutionen schwer erreichbar macht**. Und damit die in der Debatte dominierende Perspektive auf die Eltern und die Zuschreibung oder Zuweisung der Schwierigkeiten an die Eltern umkehren.

**Was können Institutionen tun und verändern, um Eltern besser zu erreichen und Beteiligung tatsächlich leichter zu ermöglichen?**

Dieser Blick begründet sich nicht zuletzt in der Binsenweisheit, dass wir als Professionelle, als Einrichtungsvertreter\_innen, Institutionen leichter verändern können als Eltern.

Gelingt uns dies nicht, wie soll es uns **dann** gelingen, das Verhalten von Eltern zu ändern? Abschließen möchte ich mit einigen Thesen, die ich gerne mit Ihnen andiskutieren würde.

## **FOLIE**

Zum ersten Punkt: **Was ist eigentlich Elternbeteiligung – oder was alles Elternbeteiligung sein kann.**

Im Kontext von Bildung und Erziehung wird Elternbeteiligung in der Regel damit in

Verbindung gebracht, dass die Eltern eine – wenn nicht die wesentliche – Rolle für und in Entwicklungsprozessen von jungen Menschen haben: So hat beispielsweise der 12. Kinder- und Jugendbericht Familien als „*die wichtigste Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsinstanz*“ (BMFSFJ 2005: 341) bezeichnet. Davon ausgehend erscheint deren Beteiligung geradezu zwingend.

So weit, so gut – und so schwammig! Was meint aber Beteiligung?

Information, Mitarbeit, Mitbestimmung oder Erziehung der Eltern selbst?

Wer beteiligt sich und wer beteiligt wen? Und: Wer hat dabei welches Interesse?

Beteiligung hat ja auch immer mit **Macht** zu tun: Mit Macht abgeben: „Du bestimmst mit!“ und Macht ausüben „Ich bestimme hier (mit)! Das geht so nicht!“ Oder aber - und zunehmend: „Wenn Ihr Euch nicht beteiligt und mitarbeitet, dann dürft ihr auch nicht mitbestimmen!“

Etwas grundsätzlicher: Der Begriff der Elternbeteiligung verbindet „*aktive und passive Aspekte von ‚sich beteiligen‘ und ‚beteiligt werden‘ ... und [umfasst] ein breites Spektrum von Partizipationsformen*“ (Gomolla 2009, S. 22).

In diesem doppelt bestimmten Sinn sind Eltern *zum einen* Bildungspartner, von und mit denen Bildungs- und Erziehungslandschaften und -einrichtungen partizipativ gestaltet werden. Beteiligung oder besser: „Partizipation“ meint dann das **Recht** und die tatsächliche **Möglichkeit**, sich an Diskussions- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen und mit zu bestimmen. Das heißt, „*eigene Interessen zu entwickeln, öffentlich einzubringen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln, sie zu begründen, zu prüfen, zu entscheiden, zu verantworten und sie zu revidieren*“ (Sturzenhecker 2005: 1).

*Zum anderen* meint Elternbeteiligung im Sinne von „beteiligt werden“, Eltern als **Zielgruppe** von (Familien)Bildungsangeboten: Eltern sollen beteiligt werden und sollen sich beteiligen. Hier geht es vorrangig um die Frage, wie Eltern von Institutionen erreicht werden können.

Aber auch um die umgekehrt Frage: wie Institutionen **von Eltern** erreicht werden können.

**In diesem Kontext** wird in der Praxis häufig von den sogenannten „schwer erreichbaren“ Eltern gesprochen. Auf diesen Begriff gehe ich gleich ausführlicher ein.

Anhand der beiden Pole – „sich beteiligen“ und „beteiligt werden“ – kann ein einfaches Modell von Formen von Elternbeteiligung aufgezeigt werden.

## **FOLIE**

**Partizipation**, also Beteiligung mit „Stimme“, basiert auf dem dialogischen Prinzip: auf dem Austausch von Positionen, dem Treffen von Entscheidungen und dem Schließen von Kompromissen. Dieser Blick auf Beteiligung ist besonders in Kontexten von Macht notwendig (z.B. in Institutionen). Also dann, wenn Entscheidungsmöglichkeiten ungleich verteilt sind. Partizipation ist *„auf den Abbau ungleicher Machtverhältnisse gerichtet und daher mit der Notwendigkeit verbunden, Macht zu teilen und Verantwortung und Kontrollrechte abzugeben“*.<sup>1</sup>

Beteiligung von Eltern kann so mit Blick auf deren Einfluss auf Entscheidungsfindungen in einem einfachen Stufenmodell unterschieden werden:

Die **Information** bildet dabei die unterste Stufe und bedeutet zunächst, dass Eltern über Entscheidungen der Institution bzw. Institutionen, die ihre Kinder (und sie selbst) betreffen, informiert werden.

**Mitsprache** geht schon ein Stück weiter und bedeutet, dass Eltern die Möglichkeit haben, ihre Meinungen, Interessen und Wünsche zu äußern. Mit anderen Worten haben Eltern das Recht angehört zu werden. Nicht mehr aber auch nicht weniger.

Bei der **Mitwirkung** werden Eltern in Beratungsprozesse über zu treffende Entscheidungen einbezogen und gestalten die Ergebnisse aktiv mit, können aber nicht **mitentscheiden**.

Erst auf der Stufe der **Mitbestimmung** wirken Eltern mit Entscheidungs-rechten oder sogar gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen mit und tragen als Mitgestalter dann auch Verantwortung. Erst auf dieser Stufe kann man von Partizipation im eben

---

<sup>1</sup> [http://www.familienbildung.info/extern.htm?glossar\\_begriffe.htm](http://www.familienbildung.info/extern.htm?glossar_begriffe.htm) (letzter Zugriff: 30.03.2010).

beschriebenen Sinne sprechen.

Das **beteiligt werden** von Eltern als **Zielgruppe** von Bildungsangeboten **für** Eltern fällt aus diesem Modell strukturell heraus.

Diese Beteiligungsform wird daher im Folgenden in Abgrenzung zu *Mitmachen* und *Mitbestimmen* als „**Elternarbeit**“ bezeichnet. Zum Beispiel ein Erziehungskurs: Eltern werden zur Zielgruppe eines Angebotes aufgrund eines von Profis definierten Bedarfs. Wo hier die „Macht“ liegt, ist klar.

Wir könnten jetzt noch über weitere Unterscheidungen und – durchaus wichtige – Systematisierungen sprechen, etwa inwieweit Elternbeteiligung auf rechtlich verbindlichen Grundlagen, beispielsweise in der Schulkonferenz, oder aber auf dem *Good-Will* von beiden Seiten basiert, etwa in Runden Tischen usw.

Solche Differenzierungen mögen zunächst trivial erscheinen, sie sind jedoch für das Funktionieren, für die (kooperative) Praxis von Elternbeteiligung überaus relevant. Nicht zuletzt, weil für die Beteiligten (Institutionen und Eltern) transparent sein muss, um was es geht, was von ihnen damit auch „**verlangt**“ wird:

Geht es bei Elternbeteiligung um punktuelle oder regelmäßige *Mitwirkung*, also das Kuchen backen oder Fahrdienste bei Ausflügen usw.?

Oder geht es um *gemeinsame Entscheidungen* – und dann auch um die Verantwortungsübernahme, beispielsweise für das pädagogische Konzept?

Beides bedeutet sowohl für die Eltern als auch für die Institutionen unterschiedliche Grade von *Verpflichtung* aber auch und vor allem von Macht abgeben und Macht übernehmen.

## **FOLIE**

Zum zweiten – und wesentlichen – Punkt: **Wer ist schwer erreichbar – um was und wen geht es eigentlich?**

Wenn von den „schwer erreichbaren“ gesprochen wird, geht es meist um die zuletzt genannte **Elternarbeit**, also im Kern darum, aus einem von Professionellen formulierten Bedarf ein Angebot zu stricken, dessen Ziel in der Verhaltensänderung bei Eltern besteht

(wie z.B. der genannte Erziehungskurs).

Es geht weniger um die – ich überspitze – hyperengagierten Mittelschichtseltern, die sich für **ihre** Kinder einsetzen (manchmal mehr als den Institutionen lieb ist) und vom Kindergarten bis zum Schulabschluss Elternvertreter\_innen sind. Deren Speerspitze besetzt die Schulkonferenz und ähnliche Gremien. Und im besten Fall hat das Engagement für **ihre** Kinder positive Nebeneffekte auch für andere Kinder.

Gleichwohl können auch diese Eltern als „schwer erreichbar“ bezeichnet werden: etwa für Themen und Fragen, die über ihre meist partikularen Interessen hinausweisen (Beispiel: die Hamburger Initiative ‚Wir wollen lernen‘, die das gemeinsame Lernen aller Kinder bis zur sechsten Klasse in Hamburg verhindert hat.).

Es geht bei Erreichbarkeit auch kaum um die eher „praktisch“ Engagierten, die bei Stadteilfesten, Veranstaltungen des Hauses der Jugend oder dem Schulfest leckeren Kuchen backen, gerne Aufgaben bei der Gartenpflege und dem Frühjahrsputz in Kita und dem Haus der Jugend übernehmen und bei jeder Informationsveranstaltung anwesend sind.

Zugespitzt formuliert: Es geht nicht um die Eltern, die den Interessen der Institutionen weitgehend entsprechen und diese bedienen bzw. nicht ‚stören‘.

Es geht in den Debatten über Erreichbarkeit um **die** Eltern, von denen Institutionen der Auffassung sind, dass sie es ‚gebrauchen‘ könnten oder ‚nötig haben‘, ‚erreicht zu werden‘, ‚aktiviert und motiviert zu werden‘. Es geht um die, die von den Institutionen **nicht erreicht werden**, obwohl sie erreicht werden **sollen**.

Schwer erreichbar ist hier absichtlich in Anführungszeichen gesetzt. Denn obwohl vermutlich jede und jeder im Raum ein Bild von diesen Eltern hat, handelt es sich dabei keineswegs um eine homogene Gruppe.

Zweitens bezieht sich das „schwer erreichbar“ mindestens ebenso sehr auf die Erreichbarkeit der Institutionen.

Denn die Kontaktbarrieren können auf beiden Seiten liegen, das war zentral in unserem Forschungsprojekt:

Auf Seiten der Eltern bestehen sie beispielsweise aufgrund negativer Erfahrungen mit Behörden, Einrichtungen oder Sozialarbeiter\_innen bzw. Pädagog/innen, aufgrund von

geringen zeitlichen Ressourcen sowie von Überforderungen.

Auf der anderen Seite bestehen bei Institutionen und Professionellen **Schwellen**, die sie schwer erreichbar machen:

- eigene Verhaltensunsicherheiten und Ängste,
- strukturelle Barrieren, etwa zeitliche und räumliche bzw. örtliche Verfügbarkeit,
- mangelnde Information und Transparenz
- und/oder fehlende zielgruppenspezifische Strategien der Information und des Zugangs.
- Mitunter bestehen sie auch in mangelnder Wertschätzung gegenüber (bestimmten) Eltern.

Auf diese **Schwellen**, die Institutionen schwer erreichbar machen und mit denen Einrichtungen wie Professionelle Beteiligung erschweren oder verhindern, möchte ich nun zu sprechen kommen. Denn, ich hatte es eingangs gesagt, daran können Institutionen und Professionelle arbeiten – in der eigenen Institution, im Sozialraum, in der Gemeinde oder im Netzwerk.

Der folgende Blick richtet sich damit weniger auf die Eltern und die Bearbeitung deren tatsächlicher oder zugeschriebener individueller Defizite, sondern auf die Professionellen, die Institutionen und auf Kooperationsstrukturen. Auch, weil dieser Blick **alle** Eltern, auch die „bereits engagierten“, beteiligten und sich beteiligenden Eltern betrifft.

Basis für niedrigschwellige Strategien und Konzepte ist die Annahme, dass die Gestaltung vorhandener Angebote Barrieren aufweist, die abgebaut werden müssen, damit die Angebote überhaupt oder „leichter“ in Anspruch genommen werden können.

Es darum, im Umfeld der Eltern anzuknüpfen und Beteiligungsmöglichkeiten so zu gestalten, dass *„sie sich inhaltlich, örtlich und zeitlich an den Lebenswelten von Familien orientieren“*<sup>2</sup>.

Dieses Prinzip der Niedrigschwelligkeit betrifft – sowohl in einzelnen Institutionen wie auch in einem Kooperationsverbund – primär drei Ebenen, auf denen Schwellen produziert

---

<sup>2</sup> Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2005.

werden. Auf diesen drei Ebenen können die Schwellen aber auch abgebaut werden: die persönliche Ebene, die fachliche Ebene und die strukturelle Ebene.

Die **persönliche Ebene** umfasst die Haltung der Fachkräfte sowie ihre Werte und Normen: Wird Elternbeteiligung als Behinderung oder Bereicherung der eigenen Arbeit wahrgenommen? Wertschätzen die Professionellen (und die Institution) alle Eltern als gleichberechtigte Expert/innen mit unterschiedlicher Expertise?

Die **fachliche Ebene** bezieht sich auf die Kompetenzen der Fachkräfte: es geht um inhaltliche und methodische Kompetenzen sowie die Konzepte. Zugang, Prozessgestaltung, Moderation, Gesprächsführung usw.

Die **strukturelle Ebene** umfasst Veränderungsprozesse in den Institutionen selbst: Gelingt es der Institution, sich zu öffnen: d.h. räumlich, zeitlich usw.

Und: wird Beteiligung dahingehend ernst genommen, dass sie reale Konsequenzen hat?

Anhand der Begriffe **Alltagsnähe** und **Haltung** möchte ich nun auf diese drei – miteinander verwobenen Ebenen – eingehen, wobei der Blick auf die persönliche und die strukturelle Ebene dominieren wird.

## FOLIE

Alltagsnähe bedeutet, dass Institutionen oder Angebotsstrukturen am Lebensort von Familien vorhanden sind, und auf deren Bedürfnisse zugeschnitten werden. Das erfordert ein Verständnis und eine Ausrichtung der Institutionen, „*die den ineinander verwobenen Lebenserfahrungen und -deutungen in der Lebenswelt gerecht wird*“

Thiersch/Grunwald/Königter 2005, S. 173). Um das konkreter zu machen:

So kann die Öffnung von Institutionen, beispielsweise von Schulen in den Sozialraum zum einen in der Weiterentwicklung von Schule zu einem „Lebensort“ bestehen. Will Schule von einem „Lernort“ zu einem „Lebensort“ werden, bedeutet dies eine Öffnung nach innen, mit der die Schule nicht nur Schüler/innen, sondern auch Eltern offen steht. Wenn Beteiligung von und an diesem „Lebensort“ ernst genommen wird, geht dies jedoch **nicht ohne** die Verlagerung von schulischen Angeboten und Vertreter/innen in weitere



Einrichtungen der Bildung und Erziehung im Sozialraum.

Es geht nicht nur um Elternbeteiligung, sondern auch darum, dass sich die Institutionen „beteiligen“.

Solche Öffnungen und Kooperationen haben einen doppelten Effekt: Wenn sich beispielsweise die Schule für die Bedürfnisse von Eltern öffnet oder die Schule bzw. die Lehrer/innen offene Angebote aufsuchen, werden die Schwellen für Beteiligung gesenkt: Die Eltern erhalten durch das damit signalisierte Interesse und die Alltagsnähe der Angebote Unterstützung von Fachkräften, für die sie sonst z.B. Einrichtungen aufsuchen müssten. Einrichtungen, die ihnen unbekannt sind oder zu denen Berührungspunkte bestehen. Die Motivation, solche Angebote überhaupt in Anspruch zu nehmen und in den Dialog mit Fachkräften zu treten, wird dadurch deutlich erhöht.

Selbstverständlich gehört zu einer alltagsnahen Gestaltung von Angeboten auch und zentral die räumliche und zeitliche Orientierung an den Lebenswelten von Familien: die Erreichbarkeit von Angeboten ist ein ganz wesentliches Kriterium, das schnell einleuchtet, aber für die Institutionen im Konkreten oft **hohe** Anforderungen und Flexibilität bedeutet.

So müssen beispielsweise die zeitlichen Bedürfnisse von unterschiedlichen Eltern berücksichtigt werden.

Veranstaltungen am Vormittag oder am frühen Nachmittag sind für berufstätige Eltern in der Regel mit hohen Hürden verbunden, während Abendtermine für alleinerziehende Eltern nur schwer zu realisieren sind. Bei der Planung von Angeboten müssen die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Familien reflektiert und berücksichtigt werden (auch wenn dies in der Praxis nicht immer gelingt).

Auch die Räume, die als Treffpunkt dienen oder Angebote bereithalten, müssen für die Eltern leicht zugänglich sein. Bei Projekten, die pädagogische Unterstützung und Beratung an oder in anderen Institutionen anbieten, gehört dazu beispielsweise die Einrichtung von festen Sprechstunden sowie eine kontinuierliche Ansprechbarkeit nach dem Prinzip der „Offenen Tür“. Das bedeutet auf der Ebene der Fachlichkeit, Gesprächsbereitschaft zu signalisieren und **Tür-und-Angel-Gespräche** explizit in das Konzept einzubeziehen anstatt diese als Störung zu begreifen – auch dies war ein wesentlicher Aspekt in dem Modellprojekt.

## **FOLIE**

Eine konsequente Orientierung der Angebote auf Beteiligung führt dazu, dass die engen

Grenzen von Institutionen überschritten werden (müssen). Dies **verändert nicht nur die Angebotsstruktur. Auch die Institutionen selbst und ihre Kultur verändern sich**, wenn sie sich den unterschiedlichen Lebenswelten, Bedürfnissen und Interessen aller an der Einrichtung Beteiligten öffnen wollen.

In Bezug auf Elternbeteiligung heißt das, dass Eltern nicht nur als Adressat/innen von Angeboten in den Blick genommen werden, sondern auch als aktive Mitgestalter/innen, die entsprechende Veränderungsprozesse anstoßen können – und die Einrichtung durch ihre aktive Präsenz verändern.

Ich könnte jetzt noch auf weitere Prinzipien und Orientierungen eingehen, etwa Ansprache, Kommunikation, Herstellung von persönlichen Beziehungen usw.

Bevor ich zur „Haltung“ komme, möchte ich kurz die **Transparenz** als Bestandteil der Institutionskultur und als Praxis hervorheben.

Die Herstellung von Transparenz ist *erstens* eine zentrale Grundlage für den Abbau von Barrieren und für Beteiligungsprozesse. Umgekehrt ist Intransparenz, institutionelles „Geheimwissen“, beispielsweise (Vor-)Entscheidungen hinter geschlossenen Türen, aber auch die Verwendung von spezifischen Fachsprachen und -begriffen, eine zentrale Hürde für Elternbeteiligung. Institutionen und deren Netzwerke verfügen in der Regel über Eigenlogiken und Eigeninteressen, die nicht unbedingt mit den Erwartungen von Eltern an die Institution übereinstimmen. Modelle, die den Dialog zwischen Fachkräften und Eltern fördern, können daher hilfreich sein, um sich diese unterschiedlichen Vorstellungen bewusst und gegenseitige Erwartungen transparent zu machen.

*Zweitens* liegt diese Herstellung von Transparenz in der Verantwortung der Institutionen, und kann **allein** von diesen verändert werden. Schließlich sind der Grad und die Qualität von Transparenz eine Art Lackmusstest im Hinblick auf die Frage, ob mit Beteiligung ernst gemacht wird oder nicht.

## **FOLIE**

Die Öffnung von Institutionen und Netzwerken für die Beteiligung von Eltern, insbesondere von so genannten „schwer erreichbaren“, ist ohne eine entsprechende Haltung der Institutionen und Professionellen kaum möglich. Zugespitzt formuliert **ist jedweder konzeptionelle, methodische oder instrumentelle Zugang zum Scheitern verurteilt, wenn die „Haltung“ nicht stimmt**. So lässt sich eine wesentliche Prämisse der

Lebensweltorientierung auf Elternbeteiligung in Institutionen, Gemeinwesen oder Bildungs- und Erziehungslandschaften übertragen:

*„Ein partizipativer Aushandlungsprozess hängt wesentlich von der Bereitschaft der Fachkräfte ab, die Adressat/innen als Entscheidungsträger anzuerkennen und sie zur Partizipation zu befähigen.“* (Hansbauer et al. 2007).

Dies hängt eng mit der bereits benannten Macht und dem Teilen von Macht zusammen. Beteiligungsprozesse erfordern angesichts der derzeit existierenden institutionellen Realität eine Veränderung der Machtverhältnisse: **Übernahme und Abgabe von Macht**. Gleichwohl möchte ich betonen, dass die folgende Konzentration auf Haltung, keinesfalls die Bedeutung von Kompetenzen, der Fachlichkeit, der Professionellen schmälern soll (z.B. Moderationsfähigkeit, interkulturelle Kompetenz, Beratungskompetenz, Methoden der Ressourcenerschließung) – **allein die Haltung reicht auch nicht!**

Sie berührt jedoch ganz wesentlich die Frage, wie Institutionen und Professionelle mit den Konsequenzen von Beteiligung umgehen.

Denn eine gelingende Beteiligung von Eltern ist an die Gestaltung der persönlichen Ansprache, des Kontaktes und der Begegnung gebunden. Niedrigschwellige Strukturen und Konzepte müssen mit **Leben** gefüllt werden. Dafür müssen **strukturell** – von der Institution bzw. den Netzwerken – die Voraussetzungen geschaffen werden. **Direkt vermittelt** wird dies durch die Professionellen.

Diese Vermittlung ist mit Wertschätzung und Anerkennung verbunden. Das betrifft jedoch nicht nur die konkrete Interaktion zwischen Fachkräften und Eltern, in der Vieles sicherlich gelingt, sondern unabdingbar auch die **strukturelle Anerkennung** von Seiten der Institution. Wertschätzung und Anerkennung kann auf verschiedenen Ebenen stattfinden: auf **politischer Ebene** (z.B. durch die öffentliche Würdigung von Beteiligung und ehrenamtlicher Arbeit), auf **institutioneller Ebene** durch die Professionellen oder aber **durch andere Eltern**.

Neben einer **immateriellen Anerkennung** gehört zu einer wertschätzenden Haltung auch, dass den Eltern – als **materielle Anerkennung** – von den Institutionen bzw. Netzwerken Ressourcen zur Verfügung gestellt werden – Räume und andere Infrastruktur, aber auch Finanzen für Projekte oder Veranstaltungen.

Für die Entwicklung und Konstanz einer tatsächlichen Beteiligungskultur gilt es jedoch

nicht nur die Eltern zu würdigen und anzuerkennen. Um die Grundlage für eine entsprechende Haltung der Fachkräfte zu legen, muss die Bedeutung von Elternbeteiligung geklärt und definiert werden. Erst wenn Elternbeteiligung nicht als **Zusatz**, nicht als „**Bonbon**“ im Alltagsgeschäft, verstanden wird, sondern strukturell verankerter und **prioritärer** Bestandteil einer Institution ist;

erst dann können die Akteure – Fachkräfte wie Eltern auf der so oft zitierten „Augenhöhe“ miteinander agieren.

Zum anderen ist dies Voraussetzung für echte **Wirksamkeitserfahrungen**: die eigene Beteiligung verändert etwas und es kann Einfluss genommen werden.

Dies ist eine wesentliche **Gelingsbedingung** von Elternbeteiligung. Und das verändert die Institution weiter – und produziert auch Herausforderungen, wie in einem Interview deutlich wurde:

#### **FOLIE**

*„Das ist schon problematisch, auch dann, wenn man jetzt sagt, wir wollen die Eltern mit ins Boot holen, dann sind sie auf einmal im Boot und dann muss man aber auch Zeit und Kraft haben. Dann hat das Konsequenzen.“*

... und die sind real und weit reichend.

....und sie beinhalten deutliche Anforderungen an die Professionellen

#### **FOLIE**

Bei den Fachkräften gehört zur Beteiligung zunächst ein Elternbild, das respektvolle Begegnung ermöglicht. Das bedeutet für die Professionellen, trotz ihrer Kompetenzen, ihrer Funktion und ihrer (Deutungs-)macht die Wissensdomäne, die Expertise, der Eltern als gleichberechtigt zu begreifen und umgekehrt: Erst die Anerkennung der Eltern als „Insider“, als Expert/innen für sich und ihre Situation, sowie die Anerkennung der Professionellen als Fachexpert/innen ermöglicht eine dialogische Begegnung.

Diese gegenseitige Anerkennung bereitet den Boden für Beteiligung. Von Seiten der Fachkräfte gehört dazu einerseits, die Ansichten und Anliegen der Eltern in jeder Situation ernst zu nehmen. Und andererseits auch klar und transparent fachlich begründete Unterschiede in den Situationseinschätzungen zu kommunizieren und in Aushandlungsprozessen Absprachen zu treffen. Dazu gehören auch die Benennung von persönlichen und institutionellen Grenzen sowie die Anerkennung von Grenzen der Eltern. Dies kann Eltern auch vor einem Gefühl der Überforderung schützen - überall aktiv sein und/oder mitentscheiden **zu müssen**.

Von den Professionellen erfordert dies eine Reflexion ihrer eigenen **Ansprüche** und **Ziele** sowie ihrer Befürchtungen, die mit Beteiligung und Mitbestimmung von Eltern verbunden sind. Diese Anforderung ist sehr hoch und setzt strukturell verankerte Gelegenheiten für Reflexions- und Auseinandersetzungsprozesse voraus (etwa Fortbildungen, Supervision und kollegiale Beratung).

Dabei geht es einerseits um eine Klärung der eigenen Ansprüche – „Was will ich mit den Eltern?“ Und andererseits um die Reflexion der Ansprüche der Eltern – „Was wollen die Eltern möglicherweise von mir?“. Es geht aber auch und vor allem um die Frage nach den eigenen Grenzen: **„Wovor habe ich Angst, wenn ich Eltern beteilige und (mit)bestimmen lasse?“**

Eben diese Frage scheint mir ganz wesentlich – und sie ist selbstredend auch an die Institution(en) selbst zu stellen.

Eine beteiligungsorientierte Haltung berührt **Ängste und Abwehrmuster von Professionellen**, die Liane Pluto (2007, S. 80) für die **Jugendhilfe** untersucht hat. Wir sind in unserem Forschungsprojekt insbesondere auf das Muster *„Partizipation hat ihre Grenzen“* gestoßen:

Dieses begründet sich primär in einem begrenzten Vertrauen in die Kompetenzen von Eltern sowie der starken Orientierung an formalen und strukturellen Rahmenbedingungen. Beteiligungsangebote, die mit diesem Abwehrmuster behaftet sind, bestätigen leicht die Skepsis der Fachkräfte, dass die Eltern oder andere Gruppen den *„...so offerierten Beteiligungsangeboten nicht nachkommen“* oder *„nicht nachkommen können“*.

Und dies wird auch institutionell hergestellt, das kennen wir – so vermute ich – alle: Ansprüche oder Erwartungen an Eltern, was Aktivität, Engagement und Kompetenzen angeht, können so hoch angesetzt werden, dass fast zwangsläufig Misserfolge produziert werden – dies gilt nicht nur für die „schwer erreichbaren“ Eltern.

## **FOLIE**

Dazu ein Zitat aus einer Schule:

*„Es ist ja eine Frage der Haltung, also das ist ja der normale Zugang, man jammert: ‚Ich erreiche die Eltern nicht, die kommen ja nie und die sind ja doof und die verstehen mich auch gar nicht.‘ Also eine Barriere, die ich ja selber aufbaue.*

*Und in dem Moment, wo ich anfangen, mit Eltern auf gleicher Augenhöhe zu arbeiten und sie in Prozesse einzubinden, gebe ich ihnen ja ein ganz anderes Signal. Ich heiße sie ja willkommen und das ist aber etwas, was ich natürlich erst mal selber vollziehen muss, das kann ich natürlich nicht von anderen fordern, dass sie es für mich tun, sondern dazu muss ich mich eben erst mal selbst öffnen und das auch als Ressource betrachten, was die Eltern mit in die Schule reinbringen.“*

Dieses Zitat verdeutlicht sowohl die Relevanz der Haltung für die Barrieren, die Institutionen produzieren und errichten. Als auch die Notwendigkeit der Selbstreflexion. Insbesondere betont es, dass es um **Prozesse** geht, die Zeit benötigen. Gerade weil echte Beteiligung nachhaltig verändert: Die Institutionen, die Fachkräfte und nicht zuletzt die Eltern.

Bevor ich zu den Hypothesen komme, möchte ich eine Selbstverständlichkeit betonen: **Elternbeteiligung benötigt Zeit, Kompetenzen und nicht zuletzt Geduld mit und von allen Beteiligten.** Dazu nicken jetzt sicher alle und dennoch: Das bedeutet ganz viel und wie mit fast allen Selbstverständlichkeiten, macht man sich die Konsequenzen oft zu wenig bewusst:

Zeit.

Kompetenzen.

Geduld.

Wie lässt sich das in der, in Ihrer, real existierenden institutionellen Praxis umsetzen?

Geht das?

Wir glauben und haben in den Modellprojekten gesehen dass es geht! Und wir haben Hypothesen aufgestellt, was Elternbeteiligung benötigt – oder aber zum Scheitern verurteilt:

### **Folie Hypothesen**

- **Die Rede von den „schwer erreichbaren Eltern“ legitimiert das Scheitern von scheinbaren Beteiligungsbemühungen**

Die Effekte wirklicher Beteiligung im Hinblick auf die so genannten „schwer

Erreichbaren“ sind weitgehend unbekannt, da wenig erprobt. Zudem reproduziert die Fokussierung der so genannten „schwer Erreichbaren“ einen herrschenden Diskurs: „schwer erreichbar“ ist ein Synonym für andere soziale Noten: „sozial schwach“, „überfordert“, „unmotiviert“, „unfähig“, „desinteressiert“ - im Volksmund „a-sozial“. Dies unterstützt, was es zu vermeiden gilt: die Stigmatisierung von ausgesuchten Familien. Und es verstellt den Blick auf Gruppen, die machtvoll agieren (z.B. Wir wollen lernen), und begründet genauso als „schwer erreichbar“ und wenig „sozial“ bezeichnet werden können.

- **Elternbeteiligung erfordert einen unverstellten Blick auf existierende Machtverhältnisse. Und sie erfordert eine Umverteilung von Macht.**

Dazu gehört die Reflexion und das Eingeständnis eigener Vorurteile und Abwehrhaltungen ebenso wie die Bereitschaft, Macht und Entscheidungshoheit abzugeben: Auch wenn einem das im Einzelfall oder einer Situation missfällt. Auch wenn man „weiß“ (oder glaubt zu wissen), dass es „falsch“ ist.

- ***„Beteiligt Euch!“* und *„Beteiligt Eltern!“* ist eine Zumutung – für Eltern und für Institutionen.** Solange unter Beteiligung verstanden wird, mit „überforderten“ und „unfähigen“ Eltern Verhaltensprävention bzw. Verhaltensmodifikation zu betreiben. Die Verhältnisse geraten so aus dem Blick.

- **Elternbeteiligung erfordert das Verändern von Strukturen, Deutungs- und Handlungsrouninen.**

Und zwar dahingehend, dass Eltern sich beteiligen können: EB ist zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gelingt, sich aus der von den Professionellen und Institutionen selbst so leicht zu erfüllenden Prophezeiung zu befreien: Nämlich der, dass Elternbeteiligung gar nicht geht: *„die schwer erreichbaren kriegen wir sowieso nicht“* und / oder *„die wollen / die können sich gar nicht wirklich beteiligen“*

- **Elternbeteiligung gibt es nicht zum Nulltarif. Sie benötigt Ressourcen – von Institutionen wie von Eltern, materielle und immaterielle!**

- **Elternbeteiligung muss mehr sein als Elternarbeit, Mitsprache und**

**Mitwirkung.** Andernfalls hat sie *erstens* keine neue Qualität und steht *zweitens* in der Gefahr, „Pädagogik“ (im Wortsinn: also Kinderführung bzw. Knabenführung) zu bleiben und die Hierarchie zwischen den professionellen Expert\_innen und den „bedürftigen“ Eltern verschleiert zu zementieren.

**V i e l e n   D a n k ,   i c h   f r e u e   m i c h   a u f   d i e  
D i s k u s s i o n**